

# HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB



2024 / Ausgabe 161 – 27. März 2024

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,  
LIEBE FREUNDE,**

auch dieses Jahr mahnt uns das Osterfest, uns auf unsere christlichen Werte zu besinnen. Der Sieg des Lebens über den Tod, den wir am Osterfest feiern, ermutigt uns, Gottes Sohn zu folgen und Nächstenliebe zu praktizieren. In meinem Alltag als Bundestagsabgeordneter findet dieser Begriff der Nächstenliebe regelmäßig Verwendung - häufig missbräuchlich, insbesondere in Bezug auf die Migrationspolitik.

Lesen Sie außerdem in meinem 161. Hauptstadtbrief, wie die Chaos-Ampel trotz aller Warnungen das Cannabis freigibt, wie wir als CDU mit unserem Antrag dem aufkeimenden Antisemitismus in Deutschland ein Ende setzen wollen, wie wir mit dem Konzept der neuen Grundsicherung den Pfad weg von der sozialen Hängematte Bürgergeld und hin zu einem leistungsgerechten und maßvollen Sozialstaat vorbereiten und über eine Bundesförderung in Höhe von über 1,3 Mio Euro für die Vincenzschule Aulhausen in Rüdesheim.

## IN DIESER AUSGABE

*Migration*

*Cannabislegalisierung*

*Wachstumschancengesetz*

*Kein Platz für Antisemitismus*

*Die Neue Grundsicherung*

*1,3 Mio Euro Bundesförderung für Vincenzschule*

*Ostern*

### Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 73124  
Fax: (030) 227 76124  
[klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB  
Hirsenstr. 13  
65329 Hohenstein  
Tel.: (06120) 91 00 51  
Fax: (06120) 91 00 52  
[klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de)



## MIGRATION

Die illegale Zuwanderung nach Deutschland erreichte 2023 neue Höhepunkte. Städte und Gemeinden sind überfüllt, die Ampel hat bei der Abweisung und Rückführung illegaler Migranten auf voller Linie versagt. 351.915 Asylanträge wurden 2023 in Deutschland gestellt, ein Anstieg von 44 % gegenüber dem Vorjahr 2022. Der Großteil von ihnen stammt aus Ländern wie Syrien, der Türkei, Afghanistan und Irak; 72 % sind männlich. Diese Zahl beinhaltet nicht einmal ukrainische Kriegsflüchtlinge, da diese keinen Asylantrag stellen müssen. Die erschreckenden Zahlen spiegeln sich auf unseren Straßen und in unseren Kommunen wider - Messergewalt und Sittenverbrechen erreichen besorgniserregende Ausmaße, in unseren Großstädten bilden sich Parallelgesellschaften und „no-go“-Bereiche, in denen die Polizei kaum noch Schutz gewähren kann. „Ultra posse nemo obligatur“, der alte Grundsatz aus dem Römischen Recht, dass niemand zu etwas verpflichtet werden kann, das außerhalb seiner Möglichkeiten liegt, wird schon seit Jahren verletzt.

Was zunächst wie eine Mischung aus Inkompetenz und Arbeitsverweigerung seitens der linken Ampel aussieht, erscheint bei genauerem Hinsehen in anderem Licht: die Regierung weigert sich nicht nur, über 280.000 ausreisepflichtige Asylbewerber aus unserem Land abzuschicken (im vergangenen Jahr wurden lediglich 16.430 Abschiebungen vollzogen), nein, sie ist sogar aktiv damit beschäftigt, Menschen aus Nordafrika an die südeuropäische Küste zu verschiffen.

Die sogenannte „Seenotrettung“ wird mit ansehnlichen Beträgen aus dem Bundeshaushalt gefördert.

Angesichts dieser verheerenden Zustände in unserem Land stößt es mir als Christdemokrat daher besonders übel auf, wenn Politiker der Ampel versuchen, ihre fehlgeleitete Politik ausgerechnet mit christlicher Nächstenliebe zu rechtfertigen. Die Belastungen, die man der hiesigen Bevölkerung durch den unkontrollierten Zuzug von Ausländern zumutet, werden dabei völlig außer Acht gelassen! Gleichzeitig werden Asylsuchende als Antwort auf unseren Fachkräftemangel instrumentalisiert - als könne man diese Menschen wie Schachfiguren auf einer Landkarte herumschieben, um in Deutschland Probleme zu lösen. Mit Nächstenliebe hat das nichts zu tun!

Für mich scheint klar: Deutschland muss seiner völkerrechtlichen Pflicht nachkommen, Schutzbedürftigen (gemäß Artikel 16a GG) einen sogenannten „Schutz auf Zeit“ zu bieten, denn nichts anderes ist die Definition von Asyl. Das bedeutet aber auch, dass ausreisepflichtige Ausländer konsequent abgeschoben werden, die „Duldung“ von Antisemiten und Kriminellen sofort beendet wird und anstatt von Geldleistungen, endlich flächendeckend auf Sachleistungen umgestiegen wird. Gemeinsam mit unserem Landrat Sandro Zehner arbeiten wir deshalb mit Hochdruck an einer Bezahlkarte für Asylbewerber im Rheingau-Taunus Kreis, die wir noch in diesem Jahr einführen werden.

## CANNABISLEGALISIERUNG

Das ampeldeutsche Drogenbabylon leuchtet Rot-Grün-Gelb. Während Ampeldeutschland für Wirtschaft und Bürger in einen grauen Schleier gehüllt ist, leuchtet es für die kiffende Bevölkerung in halluzinogenen Farben. Vielleicht ist dies die tiefere Bedeutung der Farbkombination Rot-Grün-Gelb. Denn allen Warnungen von Experten, aller Kritik von Jugend- und Gesundheitsverbänden zum Trotz, auch gegen den parteiübergreifenden Widerstand der Justiz- und Innenminister der Bundesländer sowie den Widerstand der Union als größter Oppositionspartei, drückte die Ampel die Cannabislegalisierung durch. Ein Irrsinn, den man kaum zu fassen vermag.

Bereits im Hauptstadtbrief #155 wies ich auf die Gefahr hin, die von einer Cannabislegalisierung ausgeht. Studien zeigen, dass der Konsum von Cannabis ernsthafte gesundheitliche Risiken birgt, insbesondere für Jugendliche, und die kognitive Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Trotz dieser Erkenntnisse ignorieren die Befürworter der Cannabislegalisierung diese Risiken.

Während die Ampel-Parteien und Aktivisten die Wirkung von Cannabis verharmlosen, bleibt die CDU fest in ihrem Standpunkt verankert: Cannabis ist eine gefährliche Droge, deren Legalisierung verheerende Folgen für unsere Gesellschaft haben wird.

Die CDU steht für eine Politik, die sich dem Schutz unserer Bürger verpflichtet

sieht. Anstatt den gefährlichen Trend der Cannabislegalisierung zu unterstützen, setzen wir uns für Prävention, Aufklärung und den Schutz unserer Jugend vor den Risiken des Drogenkonsums ein. Es ist an der Zeit, die Realität anzuerkennen: Cannabislegalisierung ist keine Lösung, sondern eine Bedrohung für unsere Gesellschaft.

## WACHSTUMS- CHANCEGESETZ

Der Bundesrat hat mehrheitlich dem Wachstumschancengesetz zugestimmt. Nach intensiven Verhandlungen im von den unionsgeführten Bundesländern angestregten Vermittlungsverfahren konnte ein zustimmungsfähiges Ergebnis erzielt werden. Wir konnten im Vermittlungsverfahren wichtige Verbesserungen für die Wirtschaft im Allgemeinen und die Landwirtschaft im Besonderen durchsetzen. Dazu zählen:

- verbesserte Abschreibungsbedingungen für Wohngebäude sowie bewegliche Wirtschaftsgüter,
- erhöhte Verlustverrechnungsmöglichkeiten,
- keine vorzeitige Anhebung des aktuellen Umsatzsteuersatzes auf Gas von 7 % auf 19 % zum 1. März 2024,
- keine sogenannte „Klimainvestitionsprämie“ sowie Anzeigepflichten für nationale Steuergestaltungen und

- keine erhöhte Umsatzsteuer-Pauschalbesteuerung für Landwirte.

Gerade letzterer Aspekt war uns wichtig, weil dies sonst noch eine weitere Belastung für die Landwirtschaft bedeutet hätte. Die links-gelbe Ampel und insbesondere die SPD-geführten Bundesländer waren nicht dazu bereit, die Agrardiesel-Rückerstattung für die Landwirte beizubehalten. Den vollmundigen Ankündigungen einer Reihe von SPD-Ministerpräsidenten – von Herrn Weil in Niedersachsen über Herrn Woidke in Brandenburg bis hin zu Frau Schwesig in Mecklenburg-Vorpommern – sind keine Taten gefolgt. Das ist ein schwerer Schlag für unsere Landwirte.

Zugleich haben wir in intensiven Gesprächen mit der Landwirtschaft und der Bundesregierung ein Maßnahmenbündel für die Landwirtschaft erreicht. Dazu zählen:

- Aufhebung der Flächenstilllegung über 2024 hinaus,
- Wiedereinführung der Tarifglättung rückwirkend ab 2023 für sechs Jahre,
- Prüfung einer Risikoausgleichsrücklage.

Dies sind gute Entscheidungen zugunsten der Landwirtschaft, welche den unionsgeführten Ländern im Bundesrat eine Zustimmung ermöglicht haben. Fakt ist dennoch: Die Belastungen für die Landwirtschaft sind noch immer zu hoch. In Regierungsverantwortung werden wir als

Union daher in einem steuerlichen Gesamtpaket, einschließlich des Aspekts der Besteuerung der Dieselmotoren, die Belastung für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe auf ein Niveau absenken, das maximal dem europäischen Durchschnitt entspricht. Den Landwirten gilt großer Dank, dass sie mit ihrem Engagement die von der Bundesregierung geplante Kfz-Besteuerung landwirtschaftlicher Fahrzeuge gestoppt haben.

## KEIN PLATZ FÜR ANTISEMITISMUS

Seit dem menschenverachtenden Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus an deutschen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie im Kunst- und Kulturbetrieb in erschreckender und alarmierender Weise zutage getreten. Jüdische Schüler, Lehrkräfte, Studenten und Wissenschaftler erfahren noch häufiger als zuvor Anfeindungen und Angriffe. Antisemitische Vorfälle im Kulturbetrieb – etwa bei der Documenta in Kassel oder jüngst bei der Preisverleihung der Berlinale in Berlin – bleiben in der eigenen „Szene“ zu oft unwidersprochen.

Antisemitismus ist in Deutschland – zu jeder Zeit und an jedem Ort – inakzeptabel. Es braucht eine breite gesellschaftliche und parteiübergreifende Reaktion auf die neuerlichen, unerträglichen Vorfälle von Antisemitismus. Leider müssen



wir feststellen, dass in bestimmten Ausprägungen des Kulturbetriebs antisemitische Einstellungen salonfähig geworden sind und ihnen nicht im erforderlichen Maße Widerspruch entgegengebracht wird. Zu selten erfolgte eine klare staatliche Antwort – wie etwa die Streichung von Fördermitteln.

Mit einer "Aktuellen Stunde" auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion fordern wir die Bundesregierung zum Handeln auf. Unsere Forderungen lauten: klare Maßnahmen und strukturelle Veränderungen, um Antisemitismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen in unserem Land wirksam zu bekämpfen. Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland sicher und ohne Angst leben können.

Hochschulgesetze müssen angepasst werden, damit die Möglichkeit der Exmatrikulation insbesondere bei antisemitischen Gewalttaten besteht. Das staatlich vergebene Label der „Exzellenz“ in Wissenschaft und Forschung dürfen aus unserer Sicht künftig nur solche Einrichtungen erhalten, die konsequent gegen Antisemitismus vorgehen. Zudem setzen wir uns für die Förderung von Forschung und Bildungsprogrammen ein, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus widmen und jüdisches Leben stärken. Wir erwarten, dass künftig keine Bundesmittel an Kulturprojekte oder Einrichtungen fließen, die Antisemitismus eine Bühne bieten. Wenn Förderungen bereits erfolgt sind, müssen diese zurückgefordert werden. Die jüngsten

Vorfälle haben gezeigt, dass die Erarbeitung hausinterner „Codes of Conduct“ nicht ausreicht. Wir brauchen eine einheitliche, verbindliche Verpflichtungserklärung gegen Antisemitismus für alle bundesgeförderten Kultureinrichtungen.

Antisemitismus darf in Deutschland im Allgemeinen und in Bildungseinrichtungen, in Kunst und Kultur im Besonderen keinen Platz haben. Ein Grundübel politischer Auseinandersetzungen sind die Plattitüden, mit denen am laufenden Band um sich geworfen wird. Besonders verheerend ist, wenn diese Oberflächlichkeit Diskussionen wie die um das Hamas-Massaker am 7. Oktober letzten Jahres ins Gegenteil verkehren. In völliger Verkennerung der wirklichen Lage wird „Free Palestine“ der Slogan zur Befreiung einer angeblich unterdrückten Bevölkerung. Dass Israel angegriffen wurde und sich jetzt verteidigt und, dass die wesentlichen politischen Akteure der Palästinenser nichts weniger wollen als die Vernichtung Israels, geht dabei schnell unter. Auch Influencer, die in der öffentlichen Meinungsbildung eine immer wichtigere Rolle spielen, sollten sich ihrer Verantwortung bewusst werden und substantielle Informationen statt oberflächlichen Betroffenheitspathos verbreiten, welcher die israelischen Opfer des palästinensischen Terrors verhöhnt. Die Kampfhandlungen im Heiligen Land sind beendet, sobald die Geiseln freigelassen sind und die Hamas sich ergeben und ihre Waffen niedergelegt hat!

## DIE NEUE GRUNDSICHERUNG

Bei einem Regierungswechsel werden wir als CDU das Bürgergeld in der jetzigen Form abschaffen und durch eine neue Grundsicherung ersetzen. Dann steht „Fördern und Fordern“ wieder im Mittelpunkt.

Jeder in unserem Land kann sich darauf verlassen, dass ihm geholfen wird, wenn er Hilfe benötigt. Dafür braucht es einen starken aktivierenden Sozialstaat, der den Prinzipien von Solidarität, Subsidiarität und Eigenverantwortung folgt. Gute Sozialpolitik macht eine Gesellschaft stark und widerstandsfähig. Sie hilft dabei, dass jeder sich mit seinen Talenten und Fähigkeiten einbringen kann. Schlecht gemachte Sozialpolitik bewirkt genau das Gegenteil. Sie alimentiert und lähmt damit Menschen. Sie frustriert die Fleißigen und schwächt damit die Bereitschaft zur Solidarität. Und letzten Endes ist sie ineffizient und teuer. Und genau das sehen wir gerade in der Politik der Ampel: schlechte Sozialpolitik.

Nach den Sitzungen der CDU-Spitzen-gremien stellte unser Generalsekretär Carsten Linnemann vor, wie diese neue Grundsicherung ausgestaltet wird. Grundsätzlich gilt: Wer arbeiten kann, sollte einer Arbeit nachgehen. Nur so kann ein Sozialstaat funktionieren. Deswegen muss eine angebotene Arbeitsstelle von Bürgergeldbeziehern angenommen werden, wenn es sich um

zumutbare Arbeiten handelt, die den Fähigkeiten der jeweiligen Menschen im Leistungsbezug entsprechen.

Mit dem derzeitigen Bürgergeld gibt es keine verbindliche Kooperation zwischen dem Jobcenter als Vertreter des Staates und den Bürgergeldempfängern. Wenn jemand eine zumutbare, angemessene Arbeit ablehnt, die ihm angeboten wurde, passiert nichts. Das kann nicht sein. Nicht wahrgenommene Termine müssen in Zukunft ebenso sanktioniert werden, wie das Ablehnen einer Arbeitsstelle. Auch das Bundesverfassungsgericht ist dieser Meinung und geht davon aus: Wer Arbeit nicht annimmt, obwohl sie oder er arbeiten kann, ist nicht bedürftig.

Auf der anderen Seite stehen all diejenigen, die jeden Tag arbeiten gehen und mit ihren Steuern und Abgaben das Sozialsystem überhaupt erst möglich machen. Diese Menschen haben einen Anspruch darauf, vom Verdienst ihrer Arbeit zu profitieren. Es braucht Anreize, die zeigen: Mehrarbeit lohnt sich. Mehrarbeit endet nicht in zusätzlichen Steuern, sondern bei denen, die sie geleistet haben.

Großangelegter Sozialleistungsmissbrauch, im Inland sowie durch im Ausland lebende Menschen, muss beendet werden. Dazu fordern wir einen vollständigen Datenaustausch zwischen den Sozial-, Finanz- und Sicherheitsbehörden und einen starken Rechtsstaat. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit wollen wir

weiter stärken und so härter gegen diejenigen vorgehen, die illegale Beschäftigung betreiben oder die „schwarz“ arbeiten.

Derzeit existieren in Deutschland zwei unzureichend aufeinander abgestimmte Sicherungssysteme: das Bürgergeld auf der einen Seite und auf der anderen Seite ein System, das Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag und den Unterhaltsvorschuss umfasst. Das Nebeneinander dieser Systeme ist kaum zu durchschauen und führt dazu, dass der Zugang zu den Leistungen für die Menschen in unserem Land erheblich erschwert wird. Wir wollen perspektivisch diese Systeme daher in eine neue und einheitliche Struktur überführen.

Alle Details zur neuen Grundsicherung finden Sie hier: <https://www.cdu.de/artikel/wohlstand-ohne-leistung-ist-eine-illusion>

## **1.359.241,- EURO FÜR VINCENZSCHULE AULHAUSEN**

Was lange währt, wird endlich gut. Das wird sich auch die Schulleitung der Vincenzschule Aulhausen in Rüdesheim gedacht haben, als endlich feststand, dass sich die jahrelangen Bemühungen um Förderung zur Sanierung des Schwimmbads gelohnt haben. Nun ist klar: der Bund fördert die Sanierung des Schwimmbads an der Vincenzschule Aulhausen mit 1.359.241 Euro aus dem Bundesprogramm "Sanierung kommunaler

Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" (SJK).

Die Vincenzschule ist nicht einfach irgendeine Schule, sondern eine anerkannte Förderschule für geistige Entwicklung, Lernen und sozial-emotionale Entwicklung. Sie beherbergt auch eine inklusive Grundschule. Bis zur vorübergehenden Schließung im Sommer 2022 besuchten wöchentlich über 300 Schüler das Hallenbad, welches seit seiner Eröffnung 1975 durchgehend in Gebrauch war. Zudem nutzten Bewohner und Mitarbeiter des Sankt Vincenzstifts, einige von ihnen mit schwersten Behinderungen, das Schwimmbad. Auch Mitglieder der DLRG, des Rheingauer Schwimmclubs und der TG Rüdesheim sowie die Rheingauer Schwimmschule waren zuletzt externe Nutzer. Ein Schwimmbad also, das allen Bürgern offensteht.

Besondere Erfolge kann die Schule zuhauf vorweisen. Bei Wettbewerben wie beispielsweise den Special Olympics, traten die Athleten des St. Vincenzstifts, zu der die Vincenzschule Aulhausen gehört, bereits an und gewannen dabei zahlreiche Medaillen.

Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, dass ich die Fördergeldbewerbung der Schule beim Bundesförderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ kräftig unterstützt habe. Jetzt freue ich mich über den Erfolg der Bewerbung und wünsche den Verantwortlichen vor

Ort gutes Gelingen bei den bevorstehenden Sanierungsarbeiten. Mit einer ordentlichen Trainingsstätte in Aussicht, bin ich sicher, dass die Vincenzschule auch zukünftig ein Aushängeschild für gute Bildung und sportlichen Erfolg bleibt.

## OSTERN

Die Ostertage möchte ich im Kreis meiner Familie verbringen. Ich freue mich bereits auf den Gottesdienstbesuch und die gemeinsame Zeit. Trotz besorgniserregender wirtschaftlicher Entwicklung und außenpolitischer Herausforderungen, die wir zurzeit erleben, möchte ich Sie dazu ermutigen, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Bleiben Sie offen für die frohe Botschaft der Osternacht!

Ihr

Klaus-Peter Willsch

### Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

### Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an [klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de). Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

### Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

### Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

### Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>